

50 Jahre Besatzung – einige Hintergrundinformationen

1967 besetzte Israel im so genannten Sechs-Tage-Krieg u.a. Ostjerusalem, das Westjordanland und den Gazastreifen, herrscht seitdem in diesen Gebieten als Besatzungsmacht.

Ost-Jerusalem wurde annektiert (Landnahme durch Krieg ist völkerrechtswidrig). 2005 räumte Israel zwar seine Siedlungen und Militärposten innerhalb des Gazastreifens, kontrolliert aber weiterhin die Außengrenzen, blockiert die Küste und den Luftraum und damit den Personen- und Warenverkehr. Israel agiert militärisch invasiv, hält also gewissermaßen eine externe Besatzung aufrecht. Sowohl die UNO als auch die internationale Gemeinschaft betrachten alle palästinensischen Gebiete weiterhin als besetzt. Die palästinensische Autonomiebehörde, die im Rahmen der Oslo-Vereinbarungen ins Leben gerufen wurde, und ihre Bemühungen um internationale Anerkennung für einen palästinensischen Staat vermitteln zwar den Eindruck, die israelische Besatzung habe an Herrschaft verloren, aber das täuscht.

Nach internationalen Vereinbarungen soll eine Besatzung nur eine vorübergehende Maßnahme sein, die der Besatzungsmacht zudem verschiedene Einschränkungen auferlegt: Die Bewohner sollen menschenwürdig behandelt werden, es dürfen keine neuen Gesetze eingeführt werden, Zerstörung und Enteignung sind nur in Ausnahmefällen zugelassen, das Gebiet darf nicht mit der eigenen Bevölkerung besiedelt werden, Ressourcen dürfen nicht ausgebeutet werden, Verhaftung, Strafverfolgung und Gerichtsverfahren müssen internationalen Standards genügen, Deportationen sind illegal, ebenso Kollektivstrafen, Plünderung, internationale Hilfsorganisationen müssen die Bevölkerung unterstützen dürfen. Israel begann mit der Besiedlung der palästinensischen Gebiete kurz nach dem Ende des Kriegs, obwohl angesehene Persönlichkeiten die Übergabe der Gebiete in palästinensische Hände empfahlen. Auch an die weiteren Einschränkungen hat sich Israel nicht gehalten.

1988 in Algiers begnügte sich die Vertretung des palästinensischen Volkes, die PLO, bei der Verkündung der Unabhängigkeitserklärung Palästinas mit dem Gazastreifen und dem Westjordanland als Staatsgebiet und Ost-Jerusalem als Hauptstadt - das waren rund 22 % des historischen Palästina; indirekt war es eine Anerkennung Israels und der UNO-Resolution 181, die eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat empfahl.

In den Verhandlungen zwischen Israel und der PLO ab 1993 in Oslo einigte man sich auf eine so genannte Zwischenlösung: Das Westjordanland wurde in drei Zonen A, B und C aufgeteilt, wobei in A volle palästinensische Autonomie, in B Autonomie in zivilen Angelegenheiten gelten sollte, während in C weiterhin Israel volle Herrschaftsgewalt hatte; Zonen A und B sollten schrittweise ausgeweitet werden. Nach 5 Jahren sollten Endstatusverhandlungen abgeschlossen sein, in denen die Fragen Ost-Jerusalem, Flüchtlinge und Wasser gelöst würden. Die Palästinenser gingen davon aus, dass sie dann ihren eigenen Staat haben würden und waren bereit, grenznahe israelische Siedlungen Israel im Rahmen von Gebietsaustausch zu überlassen. Diese Zonenaufteilung gilt heute nach mehr als 20 Jahren immer noch. Sie führte zu einer Fragmentierung des Westjordanlandes, wobei 165 palästinensische Kommunen wie Inseln im Gebiet C liegen, das 60 % des Westjordanlandes ausmacht, wobei ein Großteil ihrer Gemarkung oder sogar Teile der Wohnbebauung in Gebiet C liegen, was die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen stark einschränkt, da Genehmigungen für Bauten und Infrastruktur im Gebiet C der israelischen Besatzungs-

verwaltung namens „Zivilbehörde“ (die aber eine Unterabteilung der israelischen Armee ist) unterliegen. Bei Zuwiderhandlung droht Abriss bzw. Zerstörung. Bei einem rasanten Bevölkerungswachstum (von ca. 1.5 Millionen 1995 auf ca. 2.7 Millionen 2013) sind die Palästinenser aber auf Entwicklung ihrer Kommunen, der Infrastruktur und der Wirtschaft dringend angewiesen. Aber wo sollen sie Mülldeponien, Kläranlagen, Industrie und Gewerbebetriebe ansiedeln, die einen gewissen Abstand zu Wohngebieten erfordern? Im israelischen Parlament gibt es sogar Bestrebungen, das gesamte C-Gebiet zu annektieren....

Nach Rabins Ermordung 2005 durch den israelischen Jurastudenten Jigal Amir verabschiedeten sich die israelischen Regierungen immer mehr von ihren Osloer-Verpflichtungen, weiteten den Siedlungsbau aus und machten die palästinensische Autonomiebehörde für die wachsende Unzufriedenheit der Palästinenser verantwortlich, die zum Erstarken von extremistischen Kräften und schließlich zu Attentaten nicht nur auf israelische Militärs auf palästinensischem Boden, sondern auch auf Zivilisten in Israel führte. Diese Attentate dienten als Vorwand für den Bau des so genannten „Sicherheitszauns“, einer Sperranlage zwischen den palästinensischen Gebieten und Israel, die aber größtenteils auf palästinensischem Gebiet verläuft, palästinensische Ortschaften von ihren Nutzflächen und Nachbarorten trennt, zu weitreichenden Enteignungen und Zerstörung von Oliven- und Obsthainen führte und die Bewohner auf der „israelischen“, d.h. westlichen Seite der Mauer zu rechtlosen Bewohnern der so genannten Saumzone machte. Zwar behaupten die israelischen Regierungen, es handle sich um eine temporäre Einrichtung aus Sicherheitsgründen, aber der Internationale Gerichtshof in Den Haag erkannte das 2004 in seinem Rechtsgutachten zum Bau der Mauer nicht an. Er urteilte, dass sowohl die Genfer Konventionen wie Völkerrecht und Menschenrechte uneingeschränkt Gültigkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten haben, Israel als Unterzeichnerstaat der betreffenden Abkommen an sie gebunden sei und der Bau einer solchen Anlage nur auf der „Grünen Linie“, d.h. der international anerkannten Grenze Israels, legal sei. Demnach sei der weitere Bau auf palästinensischem Gebiet zu stoppen, bisherige Abschnitte abzureißen und Kompensationsleistungen zu leisten. Außerdem ruft er die internationale Gemeinschaft auf, alles zu unterlassen, was Israel den Bau der Anlage erleichtert (also finanzielle Unterstützung Israels und Unterstützung der Siedlungen), und legale Schritte zu unternehmen, um Israel zur Einhaltung der internationalen Übereinkünfte zu bringen.

Unterdrückung: ein Großteil der Palästinenser lebt ein Leben, das von Unsicherheit, Repression, Demütigung und Frustration – von Leid geprägt ist

Entrechtung: Palästinenser sind im eigenen Land Bürger zweiter Ordnung, sie können sich weder frei bewegen noch ungehindert ihr Land bewirtschaften, ihre Wirtschaft entwickeln, Brunnen bohren oder Reservoirs anlegen; die Armee kann jederzeit Razzien durchführen, auch ohne Verdachtsmomente (was sie auch in Zone A und B mit Vorliebe nachts tut), die Armee beschützt aggressive Siedler, anstatt sie von Angriffen abzuhalten (Olivenernte, Schulweg), Palästinenser werden streng bestraft, während Israelis nicht belangt werden oder minimale symbolische Strafen erhalten, Recht auf friedliche Demonstrationen sehr eingeschränkt, Militär kennt keine Verhältnismäßigkeit der Mittel, Recht auf Menschenwürde ist Illusion, ebenso Recht auf faire Gerichtsverfahren

- Enteignung: Land für den Bau von Siedlungen, Straßen, Militäreinrichtungen, den Bau der Sperranlage, Industriezonen, Naturparks
- Zerstörung: von Häusern wegen fehlender Genehmigung, als Bestrafung, während militärischer Invasionen (Gaza: Flughafen, Hafen, E-Werk, Kläranlagen), Wasserreservoirs, Olivenhainen, Feldern, Landschaft, Kulturgütern, Katasterunterlagen, Behörden, Infrastruktur (auch von der EU oder internationalen Hilfsorganisationen geförderte Projekte)
- Ausbeutung: Ressourcen wie Wasser, Steinbrüche; Steuereinzug bei Verlotterung der Infrastruktur (vor Oslo), Arbeitskraft bei unzureichender Bezahlung
- Behinderung: Personen- und Warenverkehr durch Sperren und Checkpoints, der Entwicklung der Infrastruktur und Wirtschaft, Reisefreiheit, Zugang zu Eigenen landwirtschaftlichen Flächen (jenseits der Mauer, außerhalb der Zonen A, B)
- Willkür: man weiß nicht, ob man durch Sperren oder Checkpoints kommt, trotz Genehmigung; ob man eine Genehmigung bekommt; wann die zugestellte Abrissverfügung für das eigene Haus vollstreckt wird
- Verdrängung: im C Gebiet, vor allem im Jordantal, soll den Menschen das Leben so schwer gemacht werden, dass sie freiwillig gehen, ebenso in der Saumzone westlich der Sperranlage, Beduinen, die in Höhlen oder Zelten leben werden aus ihrem angestammten Gebiet vertrieben; in Ost-Jerusalem wird die Aufenthaltsberechtigung entzogen, wenn der Lebensmittelpunkt nicht in Ost-Jerusalem selbst liegt, also die Arbeitsstelle außerhalb der Stadt

Die palästinensische Seite ist Israel in Verhandlungen sehr weit entgegengekommen, dennoch wird von israelische Seite behauptet, die Palästinenser seien nicht zum Frieden bereit. Die arabische Friedensinitiative von 2002 bot Israel Anerkennung, Frieden und normale Beziehungen an, wenn sie die Besatzung beenden. Israel lehnte ab.

**50 Jahre Besatzung sind mehr als genug.
Es wird Zeit, sie zu beenden.**